



Pressemitteilung

27.10.2014

Umfahrung Salem-Neufrach - Finanzierung war nur leere Versprechung der CDU-Regierung

"Bürgermeister Härle schäumt und verweist, wie häufig, auf diese böse Landesregierung - dabei hatte seine Partei fast 60 Jahre Zeit, um die Verkehrsprobleme des Landes zu lösen", so eine Sprecherin der Partei.

Die Gemeinde Salem braucht eine funktionierende Infrastruktur, nicht nur in Bezug auf die "Neue" Mitte, nicht nur in Mimmehausen, sondern auch in den anderen, besonders in den größeren Ortsteilen. Dort fehlt es an Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Hier müssten Bürgermeister und Gemeinderat aktiv werden.

Die Ablehnung der Umfahrung Salem-Neufrach von Seiten des Landes-Verkehrsministerium ist nach Ansicht der Grünen nachvollziehbar begründet worden. Das Ministerium hat über tausend "Baustellen", der größte Teil resultiert noch aus Versprechungen der alten Landesregierung, deren Umsetzung bzw. Fertigstellung diese selbst, trotz oder wegen des zu gering finanzierten Impulsprogramms, nie einhalten konnte. Für die Umfahrung Salem-Neufrach sowie die Umfahrung Bermatingen, wurden von der alten Landesregierung keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Die erstmals in dieser Weise in Baden-Württemberg durch die Landesregierung erfolgte Priorisierung der Straßenbauprojekte nach objektiven Kriterien war ehrlich - Vorrang muss die B 31 haben. "Wir rechnen mit einer enormen Entlastung besonders des Schwerlastverkehrs, nach Ausbau der B 31", so eine Sprecherin weiter.

Nunmehr ist die Gemeinde gefragt, Maßnahmen zu ergreifen oder anzustoßen, die das Verkehrsaufkommen und damit den Verkehrslärm mindern. Auf der Grundlage einer aktuellen Verkehrszählung in Bezug auf den Ziel- und Quellverkehr sowie den Durchgangsverkehr sind Erkenntnisse darüber zu sammeln, ob durch Geschwindigkeitseinschränkungen, bauliche Veränderungen an der Straße (sog. Verkehrsnasen), oder die Installierung automatischer Blitzanlagen etc. z.B. die Lärmbelastung der Anwohner vermindert werden kann .

"Der Bürgermeister, der sonst keine Gelegenheit auslässt, die Fördertöpfe des Landes (z.B. für sein Lieblingsprojekt Neue Mitte) in Anspruch zu nehmen, muss akzeptieren, dass diese Landesregierung übergeordneten Projekten, wie z.B. dem Ausbau der B 31, Vorrang einräumen musste.

Bündnis 90/Die Grünen
OV Salem/Heiligenberg

v.i.S.d.P.: hedi.christian@t-online.de